

Schulzusammenlegung oberer Kantonsteil

Dieses Traktandum beherrschte die Gemeindeversammlung in Buch

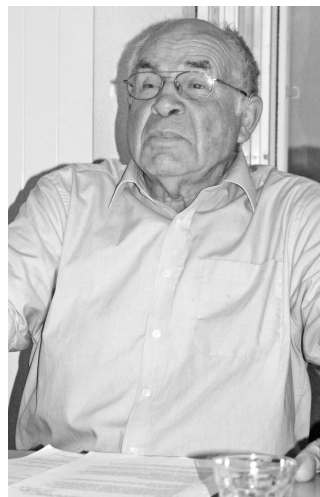
(web) Pünktlich 20.00 Uhr eröffnete Gemeindepräsident Rudolf Tappolet am vergangenen Freitagabend die ordentliche Gemeindeversammlung, begrüusste alle Anwesenden, stellte Nicole Bernath, die Gemeindegeschreiberin von Hemishofen vor, die als Vertreterin von Sandra Ruh, das Protokoll heute betreue, bat die Stimmzähler, die Anzahl Stimmberechtigter festzustellen und eröffnete die Versammlung. Die Traktanden Protokoll und Rechnung 2015 wurden ohne Gegenstimme angenommen. Tappolet dankte Finanzreferentin Yvonne Bürger, dem Leiter der Zentralverwaltung Marcel Hug für speditive Arbeit und den Revisoren für ihren Bericht, der das korrekte Verbuchen aller Geschäftsfälle bestätigt.

Nutzungsplan

Tappolet erläuterte die Gründe für den Kreditantrag «Nutzungsplanung», welche alle Begriffe der gegenwärtigen und geplanten Nutzung auf Gemeindegebiet, samt Eigentümern und Nutzern, mit «genormten» Begriffen und Messverfahren erfasst, digitalisiert im Interlis Datenformat ausweist und geschätzte 36655 Franken kosten wird. Der Betrag übersteigt die Kompetenzlimite des Gemeinderates und muss von der Gemeindeversammlung bewilligt werden. Mit einer Gegenstimme folgte die Versammlung dem Antrag des vollzählig anwesenden Gemeinderates.

Informationspolitik kritisiert

Traktandum 4: Orientierung über das stufenweise Zusammenlegen der Schulen im oberen Kantonsteil eröffnete Tappolet mit einem kurzen Bericht. Anstelle des geplanten Verbandes werden Verträge zwischen den Gemeinden das Zusammenlegen regeln. Einigkeit bestehe auf politischer Ebene darüber, dass ab 2017 die Oberstufe in Stein am Rhein unterrichtet werde und dass Unterstufe sowie Kindergarten in Ramsen weiterhin bestehen bleibe. Es folgte eine lebhaftige Diskussion um folgende Komplexe. Die Projektgruppen für politische und pädagogische Fra-



Gemeindepräsident Rudolf Tappolet erläuterte die Traktanden.

gen des Zusammenlegens seien seit Januar ohne jede Information seitens der politischen Projektinitianten; Zeitungsberichte ersetzen diese Kommunikation nicht, verunsicherten eher, wenn sie von unterschiftsreifen Verträgen berichten, die aus der Projektgruppe niemand kennt. Ohne Projektgruppen ist kein Vertragsentwurf zulässig. Wer unterschreibt wann welchen Vertrag? Deutlicher Anspruch der Anwesenden: Vertragsentwürfe müssen vor Unterschrift öffentlich bekannt gemacht und diskutiert werden. Marianne Ott, Pia und Daniel Schwarzengrub brachten die offenen Fragen zu Transport, Verpflegen,

Betreuen sowie tägliche Schul- und Pausenzeit für die betroffenen Schulkinder zur Sprache. Trotz Einsicht in Notwendigkeit und Vorteile einer gemeinsamen Klasse aller Oberstufenkinder im oberen Kantonsteil, sind diese Details in den Verträgen zu regeln. Unterschwellig spielten die Kosten und deren Übernahme bei allen Massnahmen eine Rolle. Abschliessend warnte Tappolet davor, das unvermeidbare Projekt trotz vieler offener Fragen kleinzureden. Auf politischer Ebene aller Gemeinden bestehe grosse Einigkeit, mit dem Projektteil Oberstufe Erfahrungen zu sammeln, bevor Verträge über Unterstufe und Kindergarten geschlossen würden.

Nachdem unter «Verschiedenes» der glimpfliche und lehrreiche Ausgang eines Rechtsstreites über einen Mietvertrag berichtet wurde, konnte Tappolet um 21.30 Uhr mit Dankesworten an alle Teilnehmer die Versammlung schliessen.